

Bezugspreis: Vierteljährlich 36.- M., monatlich 12.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M., einschließl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien 22.- M. für das übrige Ausland 24.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die neuangelegten Anzeigenblätter kosten 6.- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 2.- M. (unabhängig von festgedruckter Seite), jedes weitere Blatt 1.- M. Stellengänge und Schiffsstellenanzeigen das erste Blatt 1.- M., jedes weitere Blatt 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Erwerbszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 8, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftsstunden 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morickplatz 15195-97
Expedition Morickplatz 11753-54
Mittwoch, den 26. Oktober 1921
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morickplatz 11753-54

Die Regierung ohne Demokraten.

Die Regierungsbildung hat im Laufe des heutigen Vormittags wiederum ein anderes Aussehen gewonnen. Während gestern Abend noch die Annahme bestand, daß mindestens zwei der demokratischen Minister auf ihren Posten verbleiben würden, hat heute vormittag die demokratische Fraktion beschlossen, ihre sämtlichen Minister zurückzuziehen. Hierzu wird uns aus parlamentarischen Kreisen berichtet: Das Reichskabinett sollte um 11 Uhr zusammentreten. Kurz vor 11 Uhr wurde jedoch der Beschluß der Demokraten mitgeteilt, sämtliche Minister zurückzuziehen. Damit war das Kabinett, das in seiner Zusammenfassung schon einigermaßen gesichert schien, wieder unvollständig. Ueber die Pläne zur Bildung eines neuen Kabinetts verläutet vorläufig folgendes:

Reichskanzler Dr. Birtz übernimmt neben der Reichskanzlerschaft vorübergehend auch das Ministerium des Äußeren. Er gedenkt bald die richtige Persönlichkeit für dieses wichtige Amt gefunden zu haben. Reichsfinanzminister wird ein Beamter. Die Meldung, daß Staatssekretär Jopf Finanzminister wird, ist falsch. Der Reichskanzler hofft, den Wiederaufbauminister Rathenau bewegen zu können, im Amte zu verbleiben. Reichsjustizminister wird wahrscheinlich der Abg. Genosse Dr. Radbruch-Kiel. Das Innenministerium übernimmt aller Wahrscheinlichkeit nach Genosse Dr. Köster. Der Beschluß der Demokraten hatte ferner zur Folge, daß die auf Wunsch des Reichskanzlers bereits von 12 auf

2 Uhr verlegte Reichstagsitzung auf 4 Uhr nachmittags verschoben wurde. Wenn die Verhandlungen nicht zu Ende kommen, werden sie morgen fortgesetzt werden. Der Ältestenrat hat außerdem beschlossen, daß keinerlei amtliche Mitteilung nach Paris gerichtet werden soll, bevor der Reichstag gesprochen hat.

Bis 1/2 Uhr war das Kabinett noch nicht gebildet. Um diese Stunde gab es unter den Demokraten wieder eine Strömung für das Verbleiben in der Regierung.

Der Börsentaumel.

Obwohl heute der Dollarkurs eine leichte Senkung auf etwa 164 aufwies, machte sich am Effektenmarkt eine stürmische Nachfrage geltend. Besonders bevorzugt sind die bisher vernachlässigten Aktien der an Polen fallenden oberösterreichischen Werke. So stiegen Laurahütte um 315 Proz., Hohenlohe um 224 Proz. Auch nach westdeutschen Montanpapieren sowie nach Elektrowerten und Maschinenaktien besteht unbegrenzte Nachfrage. Die Bankenhäufte geht ebenfalls weiter. Die Börse befindet sich in einem Taumel, der uns mit Riesenschritten den Wiener Verhältnissen näher bringt. Die Jagd nach Goldwerten kommt auch in erstaunlichen Kursprüngen der weiterverarbeitenden deutschen Industrien zum Ausdruck. So stiegen Pintsch um 300 Proz., Deutsche Maschinen um 370, Lorenz um 260, Bogel Telegraphen um 200 Proz.

Das Echo der Krise.

Nachdem die bürgerlichen Mittelparteien es meisterhaft verstanden haben, eine nutzlose Krise herbeizuführen und die ganze Situation gründlich zu verfahren, beginnt sich jetzt auch die Kritik ihrer eigenen Presse zu regen. Die Meldung von dem Geheimabkommen zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei ist noch nicht widerlegt, und nun meldet die „Deutsche Zeitung“, daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits während der ganzen Krise mit den Deutschnationalen in engerer Fühlung gestanden hat! Man kann der „Voss. Ztg.“ nur recht geben, wenn sie ihrer eigenen Partei in folgender Form Vorwürfe macht:

„Wie eine Kette ging es von den Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei, von der Deutschen Volkspartei zu den Demokraten, von den Demokraten zum Zentrum. Die Demokraten hatten sich mit der Nachbarpartei zur Rechten auf Gedeih und Verderb verbunden und lehnten es ab, ohne Volksparteiliche Deckung in die Front der bisherigen Koalition wieder einzutreten. Von dieser Koalition blieben nur Zentrum und Sozialdemokratie übrig.“

Im „Berliner Tageblatt“, das im Gegensatz zur „Voss.“ die verfehlte Taktik der Demokraten in jeder Weise ermutigt hat, führt Erich Dombrowski einen förmlichen Eiertanz auf. Er tabelt zunächst, daß die Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten (ohne Demokraten) die „kleinste Koalition“ sei. Dann aber verrät er:

„Die Demokraten gaben indessen dem Zentrum zu verstehen, mit ihm allein, nach dem preussischen Vorbild, eine Regierung bilden zu wollen, wenn es gemeinsam mit ihnen auch die Konsequenzen einer Ablehnung der Unterzeichnung tragen würde. Das Zentrum wies diese Anregung schon aus dem Grunde ab, weil ihm die parlamentarische Basis unzureichend erschien.“

Uns scheint eine Koalition zwischen Demokraten und Zentrum noch bedeutend kleiner zu sein, als eine zwischen Sozialdemokraten und Zentrumspartei. Aber das Schönste ist, daß Dombrowski wieder an anderer Stelle von der „großen Koalition“, als der „logischen Notwendigkeit“ für Deutschland spricht. Vor den Kulissen predigt man breite Koalition, hinter den Kulissen will man die denkbar kleinste Koalition zustande bringen!

Den Mangel an Verantwortungsgefühl, der bei den liberalen Parteien zutage trat, kennzeichnet die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, mit erfreulicher Deutlichkeit. Sie schreibt:

„Schon vor ein paar Tagen haben wir an dieser Stelle der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß manche Leute in diesen Tagen allzuweit auf die Deutsche Volkspartei spekuliert hätten. Wir verhehlten nicht, daß man vor Aufgabe der verfassungsmäßigen Regierung hätte feststellen müssen, ob die Volksparteier nun bereit seien, Opfer zu bringen, nicht zuletzt parteipolitische Opfer, und solche auch dann, wenn die deutschnationale Konkurrenz die Lage für sich auszuschlachten gewillt sei. Hätte man das getan, so würde uns manche bittere Erfahrung der letzten Tage erspart geblieben sein.“

Dieses Urteil findet in der Rechtspresse eine ungewollte Bestätigung. Die „Deutsche Zeitung“ verrät nämlich, warum die „große Koalition“ mit der Deutschen Volkspartei nicht zustande kam:

„Aber diesmal ging es nicht, diesmal kam es anders: die beiden Rechtsparteien nahmen während der letzten Tage miteinander Fühlung und beklagten Fühlung. — Die Deutsche Volkspartei will eben auch Rechtspartei sein.“

Nach diesen Aufklärungen versteht man den Unmut der „Germania“, die der Deutschen Volkspartei ins Gesicht sagt:

„Sie (die Dsch. Volksp.) hat ein Zusammenarbeiten der Volkspartei mit der Sozialdemokratie auf absehbare Zeit unmöglich gemacht. Was die Volksparteier zu einer solchen Vergiftung unseres öffentlichen Lebens veranlaßt hat, ist uns schlechthin unerfindlich.“

Die volksparteiliche Presse selber verhält sich nicht gleichartig zu der jetzigen Situation. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verzichtet auf demagogische Anwürfe gegen das Kabinett Birtz und erinnert an die Situation in Weimar bei Unterzeichnung des Versailles-Vertrages, wo allseitig festgestellt wurde, daß man keiner Partei aus ihrer sachlichen Stellungnahme später einen Vorwurf machen dürfe, eine Abrede, die freilich von den Rechtsparteien nicht gehalten worden ist. Die „D. A. Z.“ schreibt:

„Das bisherige Kabinett Birtz war aufgebaut auf dem Prinzip der Erfüllung unserer Pflichten gegenüber den Vertragsgegnern von Versailles. Es trat zurück und mußte wohl diesen Schritt tun, weil die Tatsachen erwiesen, daß uns eben diese Gegner die Erfüllung durch neue Willkür unmöglich machten. Angesichts dessen, daß es ausgeschlossen war, die Zusammenfassung einer neuen Mehrheit mit anders gerichteten Zielen zustande zu bringen, blieb in der Tat kein anderer Ausweg, als das bisherige Kabinett auch mit der Durchführung der Notwendigkeiten zu betrauen, die sich nun einmal als Folgen der bisherigen Politik er-

Mordanschlag auf Genossen Auer.

Zwei Schüsse aus dem Hinterhalt — Auer unverletzt.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern Abend war im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Sitzung des Vorstandes, zu der auch die „Münchener Post“ eingeladen war. Nach der Sitzung ging Genosse Auer mit mehreren Begleitern seinen gewohnten Weg nach Hause. Am jüdischen Felschhof wurden aus dem Felschhofstor heraus von einem hinter dem Gitter stehenden Attentäter auf Auer rasch hintereinander aus nächster Entfernung zwei Schüsse abgegeben. Auer, der hart am Gitter entlanggegangen war, antwortete sofort mit fünf Schüssen. Man hörte einen Schrei. Den Attentäter zu verfolgen war unmöglich, da die Gitterstore gesperrt sind und ein Entweichen der Mauer nicht möglich war. Der Felschhof wurde abgeräumt und man fand als Tatbeweis Patronenhüllen. Die Planmäßigkeit des Attentats geht daraus hervor, daß Auer während des gestrigen Tages von gewissen Personen fortgesetzt verfolgt wurde. Der Mordanschlag ist zweifellos die Antwort auf die Enthüllung des Münchener Mörderzentrums, auf den Kampf, den Auer seit einigen Wochen zur Aufdeckung der bayerischen Verlagszentrale führt. Mangel einer auch nach der rechten Seite hin funktionierenden Polizei war Auer gezwungen, durch seinen Nachrichtendienst die finsternen Zustände an Tageslicht zu ziehen, welche die „Münchener Post“ in einer fast täglichen Artikelserie an den Pranger gestellt hat. Die Prozesse Auers mit dem „Miesbacher Anzeiger“ und dem „Völkischen Beobachter“, sein mannhaftes Eintreten im Prozeß Kautler haben offenbar die Augen lodern lassen, die gestern nacht auf ihn abgeschossen wurden.

gegen Kanzler kein Verfahren eingeleitet haben. Die Regierung verhehlt aber wird ganz andere Anstrengungen als bisher machen müssen, um den ihr von Kahr und Boehner hinterlassenen Augiasstall zu reinigen.

Verstärktes rechtsbolschewistisches Treiben.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Abenteuer des Erstlagers Karl haben die Münchener Rechtsbolschewisten nicht ruhen lassen. Seit Eintreffen der Warnnachrichten aus Ungarn sind sie fleißig tätig, den karlistischen Putsch in Bayern nachzuahmen. Das Signal zum Umsturz sollte die Bestattungsfeier des Königs geben. Glücklicherweise ist die Münchener Arbeiterschaft vermöge ihres Nachrichtendienstes in der Lage, die Schritte der Verschwörer aufs genaueste zu überwachen. Die Münchener sozialistische Presse fordert deshalb die Arbeiterschaft und die republikanische Bevölkerung zu größter Wachsamkeit für die nächsten Tage und vor allem für die bevorstehende Bestattungsfeier auf.

In welchem Stil die Bestattungsfeier geplant ist, mögen folgende Angaben beleuchten: Es wird die gesamte Garnison Münchens Spalter haben, die Landespolizei rückt jedenfalls bis auf den letzten Mann aus. Der General und Kommandeur des Wehrkreis-Kommandos wird einen Kranz niederlegen. Unterdessen werden im Hofgarten 101 Salutschüsse abgegeben.

Zur Ausgestaltung eines Trauerzugs anlässlich der Beisetzung des Königs wurde ein Ausschuß aus der Bürgerchaft gebildet, dessen Vorsitz selbstverständlich Herr v. Kahr übernommen hat. Der Ausschuß teilt mit, daß er zwar ein privates Organ sei, daß aber die Pläne zur Trauerfeier die Billigung der Staatsregierung gefunden haben. Die Beiche des Königs, wird von Herrn v. Kahr und vom Kultusminister Dr. Matt erwartet und in Empfang genommen werden. Die Schulen werden aufgesperrt, an diesem Tage zu schließen, die Arbeitgeber werden ersucht, den Arbeitern freizugeben, um die Demonstration möglichst machtvoll zu gestalten. In Ansprachen wird geheißen und die bei solchen Anlässen übliche Verston verbreitet, daß Ludwig an „gebrochenem Herzen“ gestorben sei.

Neu-Elßasser und Frankreich.

Paris, 26. Oktober. (G.) Gemäß Versailles Artikel 3 werden alle nicht in Elßah-Lothringen geborenen Bewohner Elßah-Lothringens, die vor dem 3. August 1914 dort ansässig waren und seit dem Waffensstillstand ununterbrochen ansässig sind, das Recht haben, die französische Einbürgerung zu beantragen. 37 000 Elßah-Lothringer werden davon Gebrauch machen, und zwar 26 000 im Departement „Moselle“, 6000 im Departement Niederrhein und 5000 im Departement Oberrhein. Das „Journal“ erklärt, es wäre ideal, wenn jeder Naturalisierte einer dauernden Kontrolle unterworfen wäre. Mehrere Abgeordnete beantragen, ein Gesetz einzubringen, wonach den Naturalisierten 10 Jahre lang kein Wahlrecht zugestanden werden solle, außerdem solle das Parlament ein Gesetz beschließen, daß das Bürgerrecht jedem entzogen werden könne, der Angriffe auf die Ehre Frankreichs unternimmt.

Der Anschlag auf Genossen Auer beweist, daß die Münchener Mörderzentrale nach wie vor fortbesteht, daß die Verhaftungen anlässlich des Erzberger-Mordes nicht vermocht haben, das Uebel an der Wurzel auszurotten. Nach der Ermordung Gareis und Erzbergers ist dies das dritte von dieser Zentrale ausgehende Attentat auf eine führende politische Persönlichkeit. Die Weisheit der Regierung weniger bekannter Personen wegen „Verrates“, wie z. B. der Mord im Forstrieder Park, ist dabei gar nicht mitgerechnet. Wir geben unserer Freude Ausdruck, daß diesmal der Streich der Mörder mißlungen ist. Aber diese Freude paart sich mit tiefer Besorgnis, daß die Tat, sei es gegen Auer, sei es gegen einen anderen Führer — wiederholt werden wird, wenn nun nicht endlich mit der Mördergesellschaft reiner Tisch gemacht wird.

In die Schuld an der Fortexistenz dieser Zustände, die bezeichnend für das Wesen einer „Ordnungszelle“ sind, teilen sich die Münchener Polizei und die Münchener Gerichte. Die Polizei, der es niemals gelingt, einen Täter zu ermitteln, die Gerichte, die den Mann, der den Genossen Sängler anfiel, zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilten, die ferner in dem Prozeß Kanzler gegen Meyer-Kon die erdrückenden Beweise für Kanzlers Mordanstiftungen außer acht ließen und bis heute

haben. Auch das neue Kabinett muß ein Kabinett der Erfüllung sein. Freilich kein Kabinett der Erfüllung unter der Voraussetzung, daß wir unter allen Umständen erfüllen können. Aber doch ein Kabinett, dem das Ziel der Erfüllung Grundfach ist, das dabei aber nimmere die Unmöglichkeit der Erfüllung in den Vordergrund zu schieben und Mittel und Wege zu suchen hat, auch die Gegner von dieser Unmöglichkeit zu überzeugen."

Aber schon die 50proz. „Tgl. Rundschau“ gefällt sich in nationallistischen Verdächtigungen der neuen Regierung, die natürlich in der rein deutschnationalen Presse, namentlich in der „Kreuzzeitung“, verdoppelt und verdreifacht wiederkehren.

Die „Freiheit“ sieht in der neuen Regierungsbildung die „stärkste Rechtfertigung“ der von Wirth bisher eingeschlagenen Politik:

Denn daß man zur Entwirrung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erheben hatten, beweist den Irrsinn der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlaments noch einmal Schindluder zu treiben.

Am Schluß ihrer Ausführungen weist die „Freiheit“ darauf hin, daß in dieser schweren Krise sich wieder einmal die Arbeiterklasse als Trägerin der Vernunft in Deutschland herausgestellt hat und durch ihre entschlossene Haltung verstanden hat, Deutschland vor abenteuerlicher Romantik und nationallistischer Tollheit zu bewahren. — Die Haltung der bürgerlichen Demokraten hat allerdings der „Freiheit“ dieses Lob leicht gemacht. Aber man könnte es freudiger unterschreiben, wenn auch die Unabhängigen selber durch aktive Teilnahme an der Kabinettsbildung die Vernunft der Arbeiterklasse klarer zum Ausdruck brächten.

Die Internationale fordert Revision.

London, 26. Oktober. (W.B.) „Daily Herald“ veröffentlicht eine Kundgebung des Vollzugsausschusses der Zweiten Internationale, in der eine Abänderung der Völkerbundsentscheidung in der obersteleischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedens gefordert wird. Der Vollzugsausschuß legt dagegen Verwahrung ein, daß Fragen, wie die obersteleische, im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Der Sturz der deutschen Mark habe die Fähigkeit Deutschlands, seinen aus dem Völkerbundsvertrag entstandenen Verpflichtungen nachzukommen, vermindert. Wenn diese Politik nicht geändert werde, müsse die Lage Europas immer schlimmer werden. Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale fordert die Arbeiter aller Länder Europas und insbesondere ihre Vertreter im Parlament auf, eine Politik zu fordern, die 1. die Volksabstimmung anerkennt, 2. Minderheiten schützt und 3. die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags öftig abändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationen Zahlungen stattfinden, die zur Verelendung der Arbeiterklasse in den geschlagenen Nationen führen und Millionen von Arbeitern in den siegreichen Ländern erwerbslos auf die Straße werfen.

Polen nimmt an.

Paris, 26. Oktober. (Savos.) Der polnische Gesandte in Paris, Graf Janowski, hat heute nachmittags dem Sekretariat der Völkerbunds-Konferenz eine Note zugestellt, in der erklärt wird, daß die polnische Regierung die Entscheidung der Mächte betreffend Oberschlesien annehme. Sie habe als Delegierten für die gemischte Kommission, die über die wirtschaftlichen Abmachungen verhandeln soll, Herrn Bucinski ernannt, der bereits die Verhandlungen mit dem Danziger Senat geführt hat.

Breslau, 26. Oktober. (W.B.) Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Oppeln: Der polnische Vizekonul des hiesigen polnischen Generalkonsulats hat gestern Oppeln verlassen. Auch der Verleger der polnischen „Gazeta Polska“ (Polnische Zeitung) beendigte seine Tätigkeit. Die polnischen Zeitungen seines Verlages erscheinen nicht mehr.

Kunst und Moral.

Vom Landgericht Weimar waren der Professor Walter Klemm, die Buchhändler Wolbrück und Thelmann sowie ein Dr. Köhler von der Anklage des Freihaltens und der Verbreitung unzuchtiger Schriften und Bilder nach § 184 des Strafgesetzbuches freigesprochen worden. Der Angeklagte Klemm, Professor an der Hochschule für bildende Kunst in Weimar, hatte in München eine alte Klosterhandschrift entdeckt, die von der Erschaffung des ersten Menschen handelte. Er fertigte danach sechzehn Radierungen an, die bei den genannten Buchhändlern als Privatdrucke unter dem Titel „Erdkunde“ erscheinen sollten. Mit der Ueberschrift „Für Sammler“ wurde das Werk im „Buchhändlerbörsenblatt“ und im „Berliner Tageblatt“ angeboten.

Die Anklage hatte behauptet, es seien auf den Bildern die Geschlechtsorgane von Mensch und Tier sowie der Geschlechtsakt zwischen beiden mit einer solchen Genauigkeit wiedergegeben, daß der Anblick dieser Bilder das Scham- und Sittlichkeitsgefühl eines normalen Menschen verletzen müsse. Das Weimarer Landgericht war aber zu dem Resultat gelangt, daß man nur Freude an der feinen Umrißführung und dem Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß haben könne, so daß ein Gefühl der Unstimmigkeit gar nicht aufkomme. Ferner nahm das Landgericht an, daß der Lastbestand der öffentlichen Verbreitung nicht gegeben sei, da das Werk nur für Sammler bestimmt gewesen sei.

Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und das Reichsgericht hat jetzt das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da das Landgericht tatsächlich den Begriff der „relativen Unzuchtigkeit“ verkannt habe. Wenn es im Urteil heißt, daß das Werk nur für Sammler bestimmt sei, so genüge das nicht, denn gerade Sammler seien oft Liebhaber von pornographischen Abbildungen.

Daß Kunst und Moral nichts miteinander zu tun haben, daß es daher keine unästhetischen oder unzüchtigen Kunstwerke geben kann, ist eine Wenigwahrheit, über die man unter Menschen des 20. Jahrhunderts nicht mehr sollte zu streiten brauchen. Jedem Künstler, jedem Aesthetiker, überhaupt jedem normalen Menschen, der lebendiges Kunstgefühl besitzt, ist sie in Fleisch und Blut übergegangen. Der Stillschwerfste Stoff, die niedrigste Jote wird durch eine künstlerische Darstellung in Wort oder Bild geädelt und jenseits von Gut und Böse gestellt. Kunstfremde Personen mögen das nicht einsehen, weil ihnen reines ästhetisches Empfinden mangelt und sie im Kunstwerk immer nur das grob Stoffliche wahrnehmen können. Sie empfinden auch das größte Kunstwerk, das einen unästhetischen Gegenstand behandelt, als „Schweineerei“. Außerdem gibt es Individuen, die von der gütigen Mutter Natur mit einer so schmutzigen Phantasie begabt sind, daß die unzüchtigen Empfindungen alle anderen überwachen und bei jeder Kunstbetrachtung nur die etwaigen erotischen Stoffelemente wirksam werden lassen. Aus diesen beiden Typen setzt sich die Streiterfront wider die „Unstimmigkeit in der Kunst“ hauptsächlich zusammen. Ihr intellektuelles und moralisches Krüppeltum mit Stumpf und Stiel auszurotten, ist eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der modernen Erziehung.

Eine Schlappe Briands.

Paris, 25. Oktober. (W.B.) Im weiteren Verlaufe der Kammerdebatte kritisierte Abg. Soulier die Außenpolitik der Regierung. Dem Völkerbund spendete er Anerkennung wegen der Entscheidung in Oberschlesien. Er glaube jedoch, daß Deutschland in Oberschlesien erhalte, was Polen zumutete. Nicht nur die französischen Katholiken müßten von der Regierung verlangen, daß sie Lloyd George und seiner antikatholischen Politik im Orient und anderwärts nicht folge. Alle Vertreter Frankreichs müßten protestieren gegen den antikatholischen Charakter der französischen Politik, wenn sie der Lloyd Georges folgte. Er befürchte, daß Briand, der kein Engländer sei, in Washington nicht das notwendige Verständnis für das haben werde, was sich während dieser ersten Diskussion ereignet. Abg. Marc Sangnier meint, die Republik brauche eine Organisation der Demokratie, die es jedem Staatsbürger gestattet, im Verhältnis zu seinen intellektuellen und moralischen Fähigkeiten und seinem guten Willen an den Geschäften des Landes teilzunehmen.

Abg. Magallon (Reaktionär) erklärte, wenn man nach der Ruhr gegangen wäre, hätte man in diesem Lande leicht die Besatzungskosten ausbringen können. Seine Freunde können die Außenpolitik der Regierung nicht mitmachen.

Lardieu (Clemencist) führte aus, wenn sich die Regierungen nicht über das Problem des Stillen Ozeans einigten, dann werde es in Washington keine Diskussion über die Einschränkungen der Rüstungen geben. Die Frage des Pazifischen Ozeans sei nicht nur eine technische Frage. Gefahren drohten durch eine Vereinigung Deutschlands mit dem russischen Bolschewismus und durch die Einarchie in China. Man solle nur die deutschen Zeitungen lesen, um aufgeklärt zu sein. Es sei dringend notwendig, daß die französische Regierung mit ihren Verbündeten prüfe, wie Japan ihnen zur Bekämpfung dieser Gefahr beihilflich sein könnte. Die Vertreter der beiden Amerika würden im Namen der Monroe Doktrin sprechen, England für die Doktrin seines Imperiums. Lloyd George habe ja schon angekündigt, daß er auch im Namen des Dominions sprechen werde. Angesichts dieser beiden großen Gruppen gehe Frankreich allein nach Washington. Nach seiner Ansicht habe die Konferenz von Washington nicht die erforderliche technische und allgemeine Vorbereitung erfahren. Er bedauere deshalb, der Regierung nicht das Vertrauen bewilligen zu können, daß sie zu dieser Konferenz verlange. Er befürchte, es werde wieder nur ein reineres Unternehmen sein. (Beifall rechts und in der Mitte.) — Lardieu besprach sodann Angelegenheiten der inneren Politik, wobei er das Ministerium Briand scharf angriff.

Nachdem Lardieu seine Rede beendet hatte, verlangte Ministerpräsident Briand das Wort. Die Kammer entschied jedoch, die Rede des Ministerpräsidenten erst morgen nachmittags anzuhören.

London, 25. Oktober. (G.) Eine hier aus Washington eingetroffene Depesche besagt, daß die Eröffnung der Abrüstungskonferenz auf den 12. November verschoben wurde.

Genf, 25. Oktober. (W.B.) Auf eine Anfrage an den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, weshalb er sein Mandat als Deputierter niedergelegt habe, teilte Thomas einem Vertreter der Schweizerischen Depeschengeneratur mit, daß die Frage der Untereinanderkeit der Funktionen eines Kammerdeputierten und des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes nie aufgeworfen worden sei. Er habe schon vor einem Jahre seine Demission eingereicht, weil er seine ganze Tätigkeit dem Internationalen Arbeitsamte widmen wolle. Immerhin wünsche er seiner Partei auch weiterhin angehören zu können, was ihm auch zugesichert worden sei.

Die Landtagswahlen in Baden.

Man schreibt uns aus Mannheim: Zum zweiten Male nach dem Zusammenbruch tritt am nächsten Sonntag (30. Oktober) das badische Volk an die Wahlurne. Erst vor einigen Tagen schlossen sich die Pforten des Rondells in Karlsruhe nach einer sehr arbeitsreichen Periode. Noch vor Tagesbruch hat der Landtag die neue Gemeindeverfassung verabschiedet; eines der wichtigsten Gesetze, das den verfallenen Landtag beschloß.

Der Wahlkampf tobt nun auf der ganzen Linie, und wenn man berücksichtigt, daß nicht weniger als neun Parteien Kandidaten

aufgestellt resp. ihre Listen eingereicht haben, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie heiß umworden jede einzelne Stimme bei den diesmaligen Wahlen sein wird.

Unsere Partei trat als erste auf den Kampfplatz und hat ihre Versammlungsagitation besonders in den letzten Wochen gesteigert. Leider mußten für diese Woche eine Reihe von Reichstagsabgeordneten, die für die Versammlungen als Redner vorgesehen waren, infolge der Regierungsschritte absagen. Der Besuch unserer Versammlungen war überall ein sehr guter und die Stimmung überall die beste, obwohl die Kommunisten versuchten, in unseren Versammlungen Anhänger zu werben. Es ist bezeichnend für die Agitation der Kommunisten, daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu Felde zögen. In Lörrach, wo Landtagsabgeordneter Stroebel in der vorigen Woche sprach, wurde das Schlußwort durch die kommunistische Sprengkolonne unmöglich gemacht. Die Agitationsmethoden der K.P. sind nach einheitlichem System im ganzen Lande organisiert. Sie sind Kostgänger unserer Versammlungen. Ihre Diskussionsredner arbeiten nach dem alten Grundfah: Verleumdung nur tüchtig, etwas bleibt schließlich doch hängen. Erfreulich ist es, daß die kommunistischen Störenfriede überall kräftige Abfuhrer erlitten und einsehen mußten, daß ihre Tiraden bei den Wählern keinen Anklang finden.

Die sozialdemokratische Partei hat ihren Kampf in der Hauptsache gegen rechts eingestellt, obwohl in Baden die Rechte (Deutschnationale Volkspartei) im Parlament nur durch sieben Abgeordnete vertreten war. Überall im Lande ist zu konstatieren, daß die Ausführungen unserer Redner über die reaktionären Mächte in den Versammlungen mit stürmischem Beifall quittiert wurden.

Das Zentrum, das in Baden nach Waderschen und Schoferschen Richtlinien marschiert und demokratische Politik seit Jahrzehnten vertritt, hat seinen gut funktionierenden Agitationsapparat; es wird seinen alten Stamm an Wählern, besonders an Frauenstimmen, auf sich vereinigen und braucht um große Verluste nicht befürchten zu sein.

Anders ist es mit den Demokraten (Deutsch-Demokratische Partei). Diese Partei wird bei den Wahlen am Sonntag Haare lassen müssen. Sind doch allein in der „Residenz“ (Karlsruhe) in den letzten Wochen 2 Blätter („Badische Presse“ und „Landeszeitung“) mit fliegenden Fahnen zur Deutschen Volkspartei (Stinnes) übergegangen.

Die Unabhängigen und die Kommunisten waren im letzten badischen Landtag nicht vertreten. Zweifellos dürften diese Parteien auf einige Mandate hoffen. Auf jeden Fall aber werden die U.S.P. nicht mehr auf die Stimmenzahl von der Reichstagswahl im Juni 1920 rechnen können. Die Kommunisten werden ihre Stimmen sicher auf Kosten der U.S.P. vermehren.

Die Deutsche Volkspartei, die immer mehr das Erbe der Nationalliberalen Partei übernimmt, hofft auf Stimmengewinn. Tatsächlich wird sie auf einige Tausend Fahrenflüchtige aus der Deutsch-Demokratischen Partei rechnen dürfen.

Der letzte badische Landtag zählte 107 Abgeordnete und zwar: Zentrum 39, Sozialdemokratie 36, Deutsch-Demokraten 25, Deutschnationale 7 Abgeordnete. Da nach dem neuen Wahlgesetz auf je 10 000 abgegebene Stimmen 1 Abgeordneter entfällt, so müßte eine Wahlbeteiligung von circa 95 Proz. erreicht werden, wenn der kommende Landtag über 100 Abgeordnete zählen sollte. Da mit einer solch starken Wahlbeteiligung nicht zu rechnen ist, wird die Zahl der Abgeordneten sich unter 100 halten. Wieviel Abgeordnete der neue Landtag zählen wird, ist nicht vorauszuweisen. Sicher ist nur, daß die alte Zahl nicht erreicht wird.

Um ein Bild der voraussichtlichen Parteistärken zu bekommen, muß das Wahlergebnis der Reichstagswahlen von 1920 herangezogen werden. Damals erhielt die sozialdemokratische Partei in Baden 190 298 Stimmen; das Zentrum hat bei der Reichstagswahl 1920 344 027 Stimmen, die Deutschnationale Volkspartei 113 554 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 64 653 Stimmen, die Deutsch-Demokratische Partei 116 398 Stimmen, die Unabhängigen haben 102 965 Stimmen und die Kommunisten 14 471 Stimmen erhalten, die Wirtschaftliche Vereinigung, ein neues Gebilde, antifemistisch, mittelständischer Obferanz, tritt jetzt auch auf den Plan.

Nach dem Stimmenverhältnis der Reichstagswahl müßte der neue Landtag also etwa 95 Abgeordnete zählen. Um diese Zahl zu erreichen, ist aber, wie schon ausgeführt, eine sehr starke Wahlbeteiligung Bedingung.

Eine Haremsinspektion. Der vom Völkerbund ernannte Inspektor der Harems ist in Konstantinopel eingetroffen und wird dem Völkerbunde über die Behandlung der Frauen in den Harems Bericht erstatten. Die türkische Presse veröffentlicht diese Nachricht mit ironischen Kommentaren.

führte daher eine kleine Funkenempfangsstation mit sich, die die Expedition instand setzte, jede Nacht um 10 Uhr 30 Min. die Ausgabe der Zeit durch den Eifelturm aufzusaugen. Auf diese Weise gelangte man zu Zeitbestimmungen, die bis auf den 10. Teil einer Sekunde genau sind.

Reisepost in Rußland. Es wäre eine Täuschung, anzunehmen, daß die Hysterie als Vergnügung der bürgerlichen Gesellschaft im Reiche Benins verschwunden seien. Das Moskauer Hippodrom ist vielmehr in voller Tätigkeit. Der Besucher findet dort allerdings manche Veränderungen gegenüber früheren Zeiten. Vor allem fallen ihm die Dekorationen auf, die die Tribünen erhalten haben. Es grühen dort die Bilder von Marx, Lenin, Trotzki, und diese werden merkwürdigerweise ab mit den Porträts gefeierter Tagesgrößen unter den — Rennpferden. Der Bolschewismus hat nämlich eine besondere Vorliebe für das edle Ross. Zwischen den Girlanden der Tribünen ziehen sich Spruchbänder, auf denen Sätze wie der folgende zu lesen sind: „Das Pferd ist der wahre Freund des Soldaten und des Arbeiters.“

Monarchistisches Ständchen.

Karl (zu Horth):

Horch auf die schöne Rita
Und öffne mir das Gitter!
Erhöre meine Pein
Und laß mich König sein!

Horth (zu Karl):

Ich sitze hier als Wize-Fürst,
Du bleibst, bis du gerufen werdest.
Eher dich weg von mir, eher dich weg von mir,
Eher dich weg von meiner Tür!

Der Autor:

Run spricht ihr Wort die Artillerie.
Wo bleibt da der Glauben an die Monarchie?
Und die Moral von der Geschicht:
Berwese auf dem Throne nicht!

Rich. von Lindenbuden.

„Der Mann der Völkerberührung“ heißt das Thema, über das heute Mittwoch abend 8 Uhr in der kleinen Aula der Universität der bekannte argentinische Politiker Dr. Oyhonarte sprechen wird. Als Vertreter der Universität wird ihm Rektor Prof. Dr. Ernst, als Vertreter des spanisch-amerikanischen Athletenvereins, das mit dieser Veranstaltung zum ersten Male an die Öffentlichkeit tritt, Herr Konful Candioti das Wort ergreifen.

Vorlesung von Clara Bleibig. Aus eigenen Dichtungen liest am Sonntag, den 30. Okt. 7½ Uhr, Clara Bleibig im Reformsportsaal, Reutemann, Bobdistr. 34/41. Karten zum Preise je 1,10 M. und 3,10 M. in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen, insbesondere Zimmer 257 des Rathauses Reutemann.

Wird Ungarn abgerüstet?

Die ungarische Junkerei hat, nicht unähnlich der preussischen, ihr Königtum stets mit einem mystischen Brimborium umgeben; es sollte als „apostolisch“ unter dem besonderen Schutz des Himmels stehen. Jetzt erfreut sich die militärische Herrlichkeit Ungarns der Gnade der heutigen Weltbeherrscher, die ihr eigenes Diktat außer Kraft zu setzen und ihre Bundesgenossen, die Kleine Entente und vor allem die Tschechoslowakei, schwer zu blamieren im Begriffe sind. Die Große Entente beschränkt sich in der ungarischen Frage offenbar auf die ganz untergeordnete Einzelheit, die Wiederkehr eines Habsburgers auf den magyarischen Königsthron zu verhindern, fällt aber der Kleinen Entente in den Arm, der zur Verschmelzung der ständigen ungarischen Bedrohung gegen die Republik Deutschösterreich und den Frieden in Mitteleuropa ausgeht. Italien könnte eben doch einmal die 120 000 Mann Ungarn gegen Süditalien, Frankreich-Polen sie gegen die Sowjets brauchen.

Wenn der tschechische Außenminister Dr. Beneš in der für heute erbetenen Sitzung des Senats und in der für heute angelegten Eröffnungsitzung des Abgeordnetenhauses nicht wieder darauf verzichten muß, Erklärungen abzugeben, wird man ja hören, wie es noch mit der Aktionsfreiheit der Kleinen Entente steht. Denn das eine ist ja offenkundig und jedermann klar: versprochen wird Horith-Ungarn alles — halten nur das, wozu man es durch eiserne Gewalt zwingt.

Der Wiener „Abend“ meldet auch schon, daß Horith an die Völkervereinigung ein Schreiben gerichtet hat, in dem er auseinandersetzt, daß sich die ungarische Armee als ein Hort des Friedens und der Ordnung erwiesen habe, und daß sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Mitteleuropa notwendig sei. Er stelle daher an die Völkervereinigung das Ansuchen, Ungarn von der Verpflichtung, abzurufen, zu entbinden oder wenigstens die Erfüllung dieser Verpflichtung noch hinauszuschieben.

Da der ungeliebte Karl-Rutsch erledigt ist, können sich die fgl. ungarischen „Banden“ erneut ihrer Tätigkeit im Burgenlande zuwenden. Wir erhalten folgende Meldung:

Wien, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine deutsch-österreichische Grenzpatrouille von 11 Mann unter Führung eines Hauptmanns marschierte nach Parendorf im Burgenland, das von den Banden geräumt war, um einen dort von ihnen zurückgelassenen Minenwerfer abzubefördern. Während der dazu nötigen Arbeiten wurde die Patrouille von einer etwa 150 Mann starken ungarischen Bande überfallen, vier deutsch-österreichische Wehrmänner wurden getötet, der Hauptmann und einige Wehrmänner gefangen, der Rest konnte flüchten.

Wien, 25. Oktober. (G.) Eine etwa 400 Mann starke Bande ist Sonntag abend in Eisenstadt im Burgenland eingerückt und hat in den Häusern Wäsche und Lebensmittel requiriert. Die jungen Burschen wurden ergriffen und in die Bande eingereiht, zwei junge Mädchen wurden verschleppt. Von den jüdischen Bewohnern wurden große Summen Geldes erpreßt, überall wurden Pferde und Wagen requiriert. Niemand wagt sich nach Eintritt der Dunkelheit aus dem Hause. Charakteristisch ist es, daß drei Ententeoffiziere im Schlosse des Grafen Esterhazy in Eisenstadt sitzen und ruhig zusehen, wie das Städtchen ausgeplündert und die Bewohner beraubt werden.

Wien, 26. Oktober. (Jah.) Gestern fanden in Wien 21 Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei statt. Sie waren sehr gut besucht. Die große Erregung der Arbeiter kam in der leidenschaftlichen Anteilnahme zum Ausdruck, mit der die Versammlungsteilnehmer den Ausführungen der Redner folgten.

Wien, 26. Oktober. (W.Z.) Der Nationalrat nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Mitteilung des Bundeskanzlers Schober zur Kenntnis genommen und die von der Regierung getroffenen Maßnahmen gebilligt werden. Ferner wird die Regierung ersucht, die Wehrmacht auszugestalten, die Intervention des Völkerbundes wegen Einführung des Mißsystems anzurufen und in Verhandlungen mit den Mächten die Uebergabe des Burgenlandes sowie die ehestige Durchführung der Entwaffnung Ungarns zu erwirken. Der Antrag verlangt weiter die Einleitung einer genauen Untersuchung gegen deutsch-österreichische Bürger, die an dem Restaurationsversuch in Ungarn beteiligt waren, und die Ausweisung bzw. Internierung ungarischer Staatsbürger, die an dem Rutsch in Ungarn mitgewirkt haben.

Im Nationalrat kam es zu stürmischen Szenen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen. Der sozialdemokratische Redner, der frühere Staatskanzler Dr. Renner, beschuldigte die Christlichsozialen, mit den ungarischen Legationisten im Einverständnis zu sein, worauf der Obmann der Christlichsozialen sehr scharf erwiderte. Renner spielte aber auch auf die ungarische Gastfreundschaft für die Ententeleute an — eine Gastfreundschaft von Tisch und Bett.

Wien, 26. Oktober. (W.Z.) Bezeichnend für die Art und Weise, wie man in Ungarn den Rutsch als eine Angelegenheit „deutscher Abenteuer“ hinzustellen bemüht sei, ist nach den Abendblättern ein Aufruf der „erwachenden Ungarn“, in dem es heißt, daß Karl nicht als König in Betracht kommen könne, da er Ungarn mit Österreichern und Tschechen angegriffen habe. Als Tscheche gelte nun auf einmal der bisherige Nationalheld Osztyenburger, dessen wahrer Name Drowal jetzt in Ungarn zum ersten Male bekanntgegeben werde. Mit diesem Fälschungsversuch wolle man den Forderungen der Kleinen Entente zuvorkommen, die energisch angeklagt worden sind.

Budapest, 26. Oktober. (U.A.B.) Nach Zerstreung der aufständischen Truppen sind Oberst Dehar und Major Osztyenburger in Julliedung geflüchtet.

London, 26. Oktober. (Reuter.) Es ist vorgeschlagen worden, den ehemaligen Kaiser Karl nach Italien zu verbannen. Die britische Regierung ist jedoch der Ansicht, er müsse viel weiter weggeschickt werden, damit ein neuer Versuch, den Thron wieder zu erlangen, unmöglich gemacht werde.

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. steigerte seine Mitgliederzahl im abgeschlossenen Quartal (Juli/September) von 14 347 auf 15 002, das ist ein absoluter Zuwachs von 655. Seit dem Beginn des neuen Quartals sind schon wieder 600 Mitglieder der Partei zugeführt worden, so daß die Parteioffensive heute auf 15 600 Mitglieder steht. Der Marktenumlauf ist mit 11,66 Markten pro Mitglied als ein guter zu bezeichnen. Die Entwicklung der Parteioffensive bewegt sich also ständig aufwärts. Auch für die Vertiefung der Bewegung ist Großes geleistet worden. Eine große Anzahl Bildungsturse über „Schule und Erziehung, 15 an der Zahl, die in den verschiedenen Distrikten stattfanden, brachten einen vollen Erfolg. Anfangs November tritt eine „Bildungstour“ in Tätigkeit, in der über Geschichte, Philosophie, Kunst, Volkswirtschaft und Finanzen gelehrt werden wird. Als Lehrkräfte sind die Genossen Hermann Wendel, Dr. Duara, Hans Markwald, Oskar Düntz und Walter Loeb gewonnen.

Groß-Berlin

Lebensgier.

Die Tragödie einer jungen Ehe.

Unter der Anklage, seine 22jährige Frau Hedwig, geb. Fast, vorläufig, aber ohne Ueberlegung geirret zu haben, stand der 30jährige Lagerist und Glasfabriker Joseph Pohl aus Potsdam-Cerrienhöhe vor den Geschworenen. Die Angeklagte hatte im Jahre 1919 geheiratet. Seine Frau brachte ein Kind mit in die Ehe, das Pohl bald sehr lieb gewann. Von Anfang an war diese Ehe für die Frau ein einziger Vergnügungsaumel. Der Mann arbeitet, die Frau vergnügt sich auf Morckenbällen, Tanzböden oder Kinos. Liebschaften mit Hofoperndarstellern wechselten. Den eigenen Mann ließ die Frau mit den Worten: „Dich mag ich nicht, rühr mich nicht an“ zurück. Tagelang blieb die Wirtschaft liegen. Das Kindchen war im Säuglingsheim untergebracht. Am 22. Februar land der Mann zerrissene Liebesbriefe in der Wohnung. Sie laschte ihm frech ins Gesicht. Da war der Mann zermürbt, er griff zum Beil und spaltete der Frau den Schädel auf. Er selbst schnitt sich die Pulsadern auf und verfuhrte einen Selbstmord in der Hölle. Nach grauenvollem Leiden starb die Frau acht Tage später im Krankenhaus.

Mit Schwächen erzählte der Angeklagte die Erniedrigungen, die er in seiner kurzen Ehe erdulden mußte. Hohnworte und Trottel war er für die Frau gewesen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Heller ermahnte den Angeklagten, bei der Wahrheit zu bleiben, denn nur so könne er sich das menschliche Mitleid erwerben. Vier medizinische Sachverständige und viele Zeugen waren geladen. Die Lehren stellten der Verstorbenen ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte Pohl nur der Körperverletzung mit Todesursache für schuldig befunden und unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Hälfte der Strafe wurde dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren als besonderer Gnadenbeweis zugestanden.

Eifersuchtsanschlag.

Der 24 Jahre alte Sattler Willi Matthes, der in Eggersdorf bei Strausberg in der Strausberger Str. 10 bei seinen Eltern wohnte und in Berlin beschäftigt war, hatte seiner Braut, der Kontoristin Frida Brand aus der Alten Jakobstraße 42, schon wiederholt Eifersuchtsjahren gemacht. Gestern nachmittag erschien er wieder auf ihrer Arbeitsstelle, und nach kurzem Wortwechsel griff der junge Mann plötzlich zu einem Revolver und legte die Waffe auf seine Braut an. Diese sprang ihm jedoch in den Arm und schlug ihm die Waffe hoch, so daß der Schuß sein Ziel verfehlte. Das Mädchen drängte ihn zur Halle hinaus und rief dort um Hilfe. Als der Schütze nun merkte, daß Beute aufmerksam wurden, ergreift er die Flucht und entkam auch.

Das Kinderkriegen wird teurer!

Neue Hebammengebühren zum 1. November.

Der stete Aufstieg aller Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise hat die Groß-Berliner Hebammen veranlaßt, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Regelung ihrer Gebühren vorzunehmen. Der Vorstand des Groß-Berliner Hebammenbundes hat in einer am 20. d. M. tagenden Sitzung folgende Gebührensätze beschlossen:

Für den Beistand einer regelmäßigen und bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden sind 120 bis 500 M. zu zahlen, für jede folgende Stunde 15 bis 35 M. Bei regelmäßigen und Zwillinggeburten erhöht sich der Satz für die Dauer bis zu 8 Stunden auf 180 bis 700 M. und für jede weitere Stunde um 20 bis 50 M. Falls ein Arzt hinzugezogen wird, tritt in dem einen wie dem anderen Fall eine weitere Erhöhung um 40 bis 100 M. ein.

Für den Beistand einer Fehl- oder unzeitigen Geburt werden für die Dauer bis zu 6 Stunden 150 bis 300 M., für jede folgende Stunde 15 bis 35 M. erhoben. Jeder vorgeschriebene Wochenbesuch kostet für jede angekommene Stunde 15 bis 35 M., für Besuche des Nachts 30 bis 70 M. Sonstige Besuche vor und nach der Geburt, einschließlich der erforderlichen Vorrichtungen, kosten 20 bis 60 M., bei Nacht das Doppelte. — Für eine Tagewache sind 120 bis 360 M., für eine Nachtwache 150 bis 450 M., für eine Tages- und Nachtwache 400 bis 800 M. zu zahlen. Materieileitung und Untersuchung in der Wohnung der Hebamme kostet 15 bis 30 M., bei Nacht das Doppelte, ein schriftliches Zeugnis 20 bis 40 M., Abfertigung bei Operationen 100 bis 200 M.

Da nun auch die Vergütung ihrer Honorare erhöht haben, Medikamente und Stärkungsmittel kaum noch zu bezahlen sind, Säuglingswäsche dergleichen, und die Wohnungsnot auch nach das ihre tut, so wird alles in allem die Folge sein, daß der Geburtsumsatz mehr zurückgeht, weil das Kinderkriegen schließlich ein Luxus wird. Demutlich natürlich gegen die an sich berechtigten Erhöhung der Hebammenhonorare nichts gesagt werden.

Kartoffelverschiebungen in das Ausland.

Der Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahndirektion Berlin schreibt uns: Von allen Seiten laufen bei dem Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahndirektion Klagen und Meinungen darüber ein, daß ganze Züge voll Kartoffeln über Berlin nach Kachen und Köln laufen. Es besteht die berechtigte Annahme, daß der augenblickliche Mangelstand und die Preislage der Agrarier und Schieber dieses so notwendigen Lebensmittels ins Ausland verschiebt, um sich die Taschen zu füllen. Der Bevölkerung Berlins ist es nicht möglich, sich mit diesem wichtigen Nahrungsmittel einzudecken, und sie muß zusehen, daß ungeheure Mengen durch gewissenlose Händler dem Auslande in die Hände gespielt werden.

Trotz mehrfacher Antragen andererseits ist die Ausfuhr von Kartoffeln nicht verboten worden. Immer wieder und immer wieder rollen Kartoffelzüge dem Westen zu. Durch die dadurch hervorgerufene Kartoffelknappheit macht sich schon eine empfindliche Erregung in der Bevölkerung bemerkbar. Um zu verhindern, daß nicht letzten Endes die Not der Bevölkerung zur Selbsthilfe treibt (d. h. daß mit Gewalt das Verladen und Abrollen der Waggons verhindert wird), verlangt der Bezirks-Betriebsrat das sofortige Kartoffel-Ausfuhrverbot.

Entenjagd am Treptower Karpsenteich.

Man schreibt uns: Seit einigen Tagen dröhnen sich Treptower Realgymnasialisten kurz vor Einbruch der Dunkelheit damit, nach den auf dem Karpsenteich im Treptower Park von der Portverwaltung gehaltenen zahlreichen Wildenten mit Teshingen zu schießen. Am Donnerstag wurden mehrere Tiere getroffen. Schreiber dieser Zeilen holte aus dem Gebüsch acht Jungens heraus, die aber keine Schußwaffen bei sich hatten und angaben, daß die Schießhölde bereits ausgegraben waren. Es darf wohl erwartet werden, daß solchen Dummenjungenstreichen sofort nachdrücklich entgegengetreten wird.

Der Kleinhandel gegen die Aufhebung der Mietszwangswirtschaft.

Die Mieter, die sich in ihrer unersättlichen Not und Bedrängnis bald nicht mehr zu helfen wissen und dennoch fortgesetzt von neuen Erhöhungen der Mieten bedroht werden, erhalten in ihren Bestrebungen jetzt Zugang aus den Kreisen der mit Ladenbetrieb arbeitenden Kleinhandelsfirmen. In diesen Einzelhandelskreisen hat nämlich

die Meinung, daß die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume aufgehoben werden soll, außerordentliche Unruhe hervorgerufen. Seitens der Einzelhandelsfirmen wird darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme eine erhebliche Steigerung der Ladenmieten mit sich bringen würde, so daß der Kleinhandel unbedingt zusammenbrechen müßte, abgesehen davon, daß der Ladenbesitzer jedem finanzkräftigen Konkurrenten rücksichtslos preisgeben sein würde. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume könne nur zusammen mit der für Wohnräume erfolgen.

Wie uns hierzu aus Kleinhandelskreisen mitgeteilt wird, ist man entsetzt, sich gegen diese Belastung mit aller Kraft zu wehren, wenigstens man die Notlage der Hausbesitzer durchaus nicht verkennt. Man befürchtet aber, daß mit Eintritt der freien Wirtschaft bei den gewerblichen Räumen die kapitalkräftigen Großfirmen den Kleinhandel ausmieten und in die abgelegenen Straßen abdrängen werden, so daß der Kleinhandel um seine Existenz gebracht würde. Auf der anderen Seite würde die Abwägung der hohen Ladenmieten eine neue Preissteigerung zur Folge haben.

Also auch diese Kreise haben jetzt eingesehen, daß eine glatte Freigabe der gesamten Mietsräume zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen muß, ein weiterer Grund für die Mieter, ihre Forderungen mit aller Schärfe und allem Nachdruck zu vertreten. Eine Aufhebung der Mietsräume-Zwangswirtschaft würde unbeschreibbare innerpolitische Folgen zeitigen.

Nistet auf die Säuglingsernährung.

Die Deputation für das Gesundheitswesen gibt bekannt: In letzter Zeit sind von Kinderärzten eine Reihe von Beobachtungen gemacht worden, die darauf hinweisen, daß die Folgen der durch den Krieg bedingten Ernährungsschwierigkeiten noch immer nicht völlig behoben sind. Es sind bestimmte Erkrankungen des Knochenbaus, besonders bei Säuglingen, neuerdings häufiger aufgetreten, die wahrscheinlich auf einen Mangel an sogenannten Vitaminen beruhen. Das sind lebensnotwendige Stoffe, die in der Milch und den pflanzlichen Nahrungsmitteln gewöhnlich in größerer Menge vorhanden sind. Es ist wahrscheinlich, daß diese für das Wachstum unentbehrlichen Stoffe in der zum Verbrauch gelangenden Milch nur in geringen Mengen vorhanden sind. Man muß daher die Säuglingsernährung durch Beigabe vitaminhaltiger Stoffe ergänzen, um solchen Erkrankungen vorzubeugen. Das ist leicht möglich, wenn man den Säuglingen schon vom dritten Lebensmonat frische Obst- oder Gemüsesäfte, Zitronen-, Tomaten-, Apfelsinen-, Karottensaft neben der Milch reichlich

Müssen Fahrräder beleuchtet werden?

Ueber diese Frage besteht ausenblicklich eine außerordentliche Rechtsunsicherheit, welche andererseits zu unbilligen Reibungen zwischen der grünen Polizei und dem radfahrenden Publikum führt. Der dem Schöffengericht war ein Schlosser Hermann Thiede angeklagt, der ein Strafmandat wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 19. Juni 1908 erhalten hatte, weil er sein Fahrrad nach eingetretener Dunkelheit unbeleuchtet gelassen hatte. Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld war beim Polizeipräsidenten angefragt worden, ob die Verordnung des Oberkommandierenden von 1916 und 1918, durch welche aus Sparmaßnahmegründen die Verordnung von 1908 außer Kraft gesetzt worden war, noch zu Recht bestünde. Unter dem 15. September 1921 antwortete der Polizeipräsident wörtlich: „Nach der Aufassung des Oberpräsidenten, der ich mich anschließe, bestehen die beiden Verfügungen von 1916 und 1918 juristisch noch zu Recht. Die Nichtbeleuchtung kann daher bis auf weiteres im Ortspolizeibezirk Berlin nicht bestraft werden.“ Das Strafmandat wurde deshalb aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

Schwerwiegender war der zweite Fall, in dem sich der Bankbeamte Paul Badener wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte mit seinem unbeleuchteten Fahrrad in der Bismarckstraße zu Chorloitenburg den 65jährigen Rechnungsrat Cuhl umgefahren. Der Verletzte verstarb bald darauf. Auch von Rechtsanwalt Walter Henn war eine Auskunft des Polizeipräsidenten eingeholt worden, welche dahin ging, daß Fahrräder nicht beleuchtet werden brauchen. Die Folge war, daß auch dieser Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden mußte.

Der neue Winterfahrplan ist heute auf allen deutschen Eisenbahnen zur Einführung gelangt. Die Eisenbahndirektion Berlin hat den Winterfahrplan in einem Taschenfahrplan zusammengestellt, der von heute ab bei allen Fahrkartenausgaben der Direktion Berlin sowie bei den Bahnhofsbuchhändlern zu haben ist.

Das tschechoslowakische Konsulat in Berlin teilt mit, daß es am Freitag, den 28. Oktober, anlässlich seines Nationalfeiertages geschlossen ist.

Die Hausammlung zugunsten des Oberdiesler-Hilfswerkes ist bei der Dankbarkeit der Bevölkerung Groß-Berlins zu einem großen Erfolge geworden. 4 Millionen Mark wurden in den bereits eingegangenen Listen von arm und reich mit Freuden gesammelt. Noch wird sich das Ergebnis noch erhöhen, wenn der Rest der Listen, welche bis zum 31. Oktober abgeliefert sein müssen, eingegangen ist.

„Soziale Einfachenwirtschaft — eine Forderung“ heißt das Thema einer Kundgebung, zu der der Verein für gemeinnützige Einfachenwirtschaft, der Deutsche Verein für Wohnungsreform und die Deutsche Gartenbauvereinsgesellschaft für Donnerstag, den 27. Oktober, 7½ Uhr abends, im Büro des Berliner Rathhauses einladen. Es werden sprechen Genossin Marie Tuschak u. a., ferner Minna Cauer und Robert Adolph.

Die Deutsche Gartenbau-Vereinsgesellschaft hält ihre 1092. Monatsversammlung am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 6 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Hochschule, Berlin, Invalidenstr. 42, ab. Den Vortrag des Abends wird Herr Hellor Deun-Neuköhen über das Thema halten: „Die Garten-Arbeitskräfte als Grundfrage für den Gartenbau und das Siedlungsproblem.“ Jeder Freund der Jugend und Vertreter der verschiedenen Schulsysteme sind willkommen.

Die Stealisher Gemeindefunktionäre, die sich großer Beliebtheit erfreuen, finden auch in diesem Winter wieder statt, und zwar für den ganzen Bezirk 19 im Festsaal des Lagerums in der Rotenburgerstraße in Stealish. Mitwirkende des ersten Abends am Freitag, den 28. Oktober, sind: Vortragshörer Herr. Konzeptionsrat Dr. K. W. Müller, Vorsitzender Herr. Riebig und das Trio des Herrn Professor Bedet, Potsdam.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 26. Oktober:

Jugendkämpfer, Achtung! Die für heute abend abendmüde Gruppenkonferenz wird am Samstag, 29. Oktober, bestet.

Morgen, Donnerstag, den 27. Oktober:

1. 1924, 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Berger, Jagow, Ecke Leopoldstraße. Es fehlen alle Genossen im Bezirk.
7. 1924, (früher 10.) 7½ Uhr Jubiläum in folgenden Lokalen: Schielerstr., Stealisher Str. 1; Dill, Bergstr. 7; Bismarck, Schlegelstr. 8; Borsum, Pfugstr. 1; Dietz, Borsumstr. 19. Es fehlen alle Genossen notwendig.

Sport.

Der Arbeiter-Sportklub, 4. Kreis, Brandenburg (Mitglied des Arbeiter-Sport-Klubs Groß-Berlin) hält am Freitag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr, in den Pausenhallen, Mühlentstr. 142, seinen diesjährigen ersten großen öffentlichen Wettkampf. Der Wettkampf wird ab, möglichst sehr zahlreicher Kampfsportler und die besten Arbeiterportler im Ring sein. Der Ring wird gestellt von der Sportlichen Vereinigung Ködter, Richter im Ring: Ernst Grimm. Kassenöffnung: 6½ Uhr. Anfang der Kämpfe: Punkt 8 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission.

In der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend, die am Montag tagte, erstattete Sabath den Geschäftsbericht für die Zeit ab 1. April 1921. Daraus ist hervorzuhelien:

Auch in diesem Jahre war das Zusammenarbeiten mit dem Ortsrat des Afa-Bundes ein sehr gutes. Einen kleinen Einblick in den Umfang und die Mannigfaltigkeit der Tätigkeit der Kommission und ihres Ausschusses ergibt schon die Tatsache, daß die Gewerkschaften für 40 zentrale Ausschüsse in der Verwaltung Groß-Berlins Vertretungen stellen wollten. Daneben werden Vertretungen in den Ausschüssen der einzelnen Verwaltungsbezirke gefordert. Es gibt kein Gebiet, auf dem die Gewerkschaften nicht zur Mitarbeit aufgefordert werden. Das System der Unterkommissionen wird einer Reorganisation unterworfen werden müssen. Die Betriebsräteschule hat schon Bedeutendes geleistet, wenn sie auch erst im Anfang ihrer Wirksamkeit steht. Diesem Zwecke dient auch die eben eröffnete Gewerkschaftsschule. Für beide Institutionen wird weitestgehende Propaganda gewünscht. Bei Lohnbewegungen hat der Ausschuss stets die gewöhnliche Hilfe geleistet. Ein leidiges Kapitel sind die Grenzstreitigkeiten. Eine Veränderung zu schaffen, wird Aufgabe höherer Instanzen sein. In vielfacher Weise beteiligten sich die Gewerkschaften an den Demonstrationen aus Anlaß der Ermordung von Gareis und Erzberger und an der Demonstration: „Nie wieder Krieg“. Zur Russlandhilfe sind nahezu 1 1/2 Millionen Mark in Berlin gesammelt worden für die Opfer von Oppau Mittel bereit zu stellen, wurden die einzelnen Gewerkschaften beauftragt. Zu den verschiedensten Gelegenheiten wurde Stellung genommen und die Frage des Arbeitsnachweises die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In der Erwerbslosenfürsorge arbeiten wir auf allen Gebieten. Für die Arbeitslosen in Groß-Berlin, die am 29. Oktober und 1. November feststehen, wünschen wir die Beteiligung eines jeden Arbeitslosen, damit ein wahrheitsgetreues Bild herauskommt. Weiter die Zentralisation der verschiedenen Gewerkschaftsbibliotheken wird demnächst endgültig entschieden werden. Die große Teuerung gab Veranlassung, von den verschiedenen Ministerien die schärfste Bekämpfung des Wuchers zu fordern. Eine Sitzung der Ortsausschüsse für die Provinz Brandenburg, in Gemeinschaft mit den Ortsausschüssen der Afa, am 12. und 13. November soll entscheiden über die Teilung der Provinz Brandenburg in Wirtschaftszonen. Für die Zukunft wollen wir alle Ortsausschüsse der Provinz zusammenfassen. Die Zusammenarbeit mit den Beisitzern beim Volkspräsidium, den früheren Zivilkommissaren, ist wie früher, auch heute noch eine gute.

In der Diskussion wurde mehrfach betont, daß die Selbstständigkeit der Unterkommissionen bei der Reorganisation möglichst gewahrt werden müsse. Vollmerhaus, der Sekretär des Ausschusses, erklärte dazu, daß nur ein verantwortlicher Untergrund geschaffen werden solle, damit die Unterkommissionen auf die Behörden und Bezirksverwaltungen den nötigen Druck ausüben können. Ihre Selbsthaltung sei gesichert. Zum Gastwirt angestellten Streit bemerkt Vollmerhaus u. a.: Bei den zahlreichen Verhaftungen, die das „Anlagebureau“ der harrnädigen Unternehmer herbeiführt, ist es uns in allen Fällen gelungen, die Freilassung zu erwirken. In den nächsten Tagen würde, komme es nicht zu Verhandlungen, der Transportarbeiterverband eventuell den Belieferungsstreik für die betroffenen Betriebe proklamieren. Rückert gibt bezüglich der Grenzstreitigkeiten die Anregung, sich damit zu beschäftigen, ob sich nicht die Einführung des einheitlichen Mitgliedsbuches empfiehlt. Wurde als Vertreter der Streikenden und Aussperrten im Gastwirtgewerbe bittet um weitestgehende Solidarität, die ihm von Dr. Hermann (Transportarbeiterverband) und Sabath ausdrücklich zugesagt wird. Dr. Hermann erklärt: Die Entscheidung muß in den nächsten Tagen fallen. Erfolgt sie nicht anders, dann wird sie erzwungen werden.

Nachdem Bohmeier ein Referat über die Volksfürsorge gehalten hatte, stellte Sabath als Meinung der Gewerkschaftskommission fest, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen bei seiner Verbestrafung energisch von den Gewerkschaften unterstützt werden wird.

Gallas (Deutscher Musikerverband) behandelte dann in einem Referat die Konkurrenz, die den Berufsmusikern von Militärmusikern, Beamtenmusikervereinen und auch von Musikvereinen der Arbeiter gemacht wird. Dabei enthielt er Zustände, die wie eine Befreiung der organisierten Arbeiterschaft mickten, was ausdrücklich in der folgenden Aussprache von einem bekannten Gewerkschaftsführer hervorgehoben wurde. Nach dem Referat von Gallas haben die Berufsmusiker Berlins, von denen 5000 organisiert sind, unter der Konkurrenz von 200 Militärmusikern, 1500 bis 2000 Beamtenmusikern und 2500 bis 3000 Dilettanten- und Arbeitermusikern zu leiden.

Sabath erklärte: Bei der Berliner Gewerkschaftskommission besteht die Bereitwilligkeit, die Musiker in ihrem schweren Beruf nach Kräften zu unterstützen. Eine von Gallas beantragte Entschliebung erwartet von den in ihrem Hauptberuf vollbeschäftigten Arbeitermusikern, daß sie den endlich errungenen achtstündigen Arbeitstag durch Ausübung gewerblicher Nebeltätigkeit im Nebenberuf nicht selbst sabotieren. Für eine selbstverständliche Pflicht erachtet es die Versammlung, die diese Entschliebung annahm, daß alle Ge-

werkschaften und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Bedarfsfalle nur Berufsmusiker beschäftigen. Die Gewerkschaftskommission wird den Deutschen Musikerverband in seinem Streben auf Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Musiker auf das wirksamste unterstützen.

Friede in Nordfrankreich.

Savas berichtet, der Unternehmerverband habe im wesentlichen folgende Bedingungen angenommen: Die Arbeiter nehmen mit einer zeitweisen Herabsetzung des Stundenlohnes um 15 Centimes die Arbeit wieder auf. Diese Herabsetzung bleibt in Kraft, solange der Feuerungskoeffizient unter 300 liegt. Wenn der Koeffizient diese Ziffer übersteigt, so soll der Stundenlohn wieder erhöht werden. Die seit zwölf Wochen ausländischen Bauarbeiter von Tourcoing haben die Arbeit wieder aufgenommen auf Grund einer Abmachung, nach der bis zu einer neuen Regelung die Zulöhne in Kraft bleiben.

Die Metallarbeiter des Tiefbaugewerbes beschloßen, für sich als Metallarbeiter im Tiefbaugewerbe eine besondere Gruppe zu bilden. Referent war Zimmermann. Dieser führte im wesentlichen aus, daß man die Metallarbeiter bei den letzten Lohnverhandlungen im Tiefbaugewerbe übergangen habe. Sie wurden nicht als Tarifkontrahenten angesehen. Wohl haben sie mit einzelnen Firmen verhandelt und auch Vorteile erreicht, aber bei den eigentlichen Lohnverhandlungen sind sie nicht berücksichtigt worden. Aus diesen Gründen müsse man eine Gruppe im Tiefbaugewerbe bilden. Die Versammlung war mit dem Referenten einverstanden und auch mit dem Vorschlag, sofort einen Obmann zu wählen, der in Verbindung mit den Vertrauensmännern das Erforderliche in die Wege leiten soll. Bewählt wurde Küchmeister. In einer Vertrauensmännerversammlung soll über weitere Schritte beraten werden.

Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin, Sektion 5. Industriearbeiter. Donnerstag 6 Uhr Funktionärskonferenz aller Obleute, Betriebsräte, Delegierten und Vertrauensleute in der Schulaula Rappentplatz 12. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. — Arbeiterbewegung aus den Wein- und Bierbetrieben. 7 Uhr in den Zentral-Verhalten. Alte Jakobstr. 22, allgemeine Versammlung. Stellungnahme zu Lohnforderungen. — Kohlenarbeiter und -Führer. 7 Uhr im großen Saal des Schulbeiz (früher Unionsbrauerei). Besondere 2-31, außerordentliche Plenarversammlung.

Wirtschaft

Die Besteuerung öffentlicher Betriebe.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat war ein Antrag heute eingegangen, der die steuerlichen Erleichterungen und Freiheiten der öffentlichen Betriebe beseitigen wollte. Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. hatte die Absicht des Antrages gekennzeichnet mit dem Hinweis darauf, daß durch ihn künftige Kommunalisierungen unmöglich gemacht würden. Der Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich damit gründlich befaßt und ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß die „sozialisierte“ Elektrizitätswirtschaft ein besonderes Objekt für die widersinnige Praxis sei, Steuern von der Allgemeinheit über den Fiskus an die Allgemeinheit zahlen zu lassen. Die Resolution, die zu der Frage gefaßt wurde, lautet:

„Der Reichswirtschaftsrat erkennt an, daß die Grundgedanken des Antrages heute: durch Streichung der Steuerbefreiung gleiche Voraussetzungen für den Konkurrenzkampf privater und kommunal betriebener Unternehmungen zu schaffen, um deswillen große Beachtung verdienen, weil die verschiedenartige Behandlung in der Tat leicht dazu führen (!) kann, nicht nur den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt im allgemeinen zu hemmen, sondern auch geeignet ist, wirtschaftlich mangelhaftere Zusammenschlüsse in gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen für größere Gebiete zu verhindern. Die letztere Gefahr liegt besonders bei der Elektrizitätswirtschaft vor.“

Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß eine steuerliche Bevorzugung kommunaler Betriebe dort berechtigt ist, wo es sich um Unternehmungen handelt, die zur Förderung gemeinnütziger Interessen (oft unter Hinzunahme jeglicher Gewinnansichten) gegründet worden sind und weiter betrieben werden. Außerdem ist aber die finanzielle Notlage der meisten deutschen Gemeinden im Augenblick derart, daß sie den Ausfall der durch die Streichung der Bestimmung über die Steuerbefreiung entstehenden finanziellen Einnahmen vielfach nicht ertragen könnten.

Der Reichswirtschaftsrat glaubt deshalb, daß an eine grundsätzliche und allgemeine Neuregelung der Dinge im Sinne des Antrages heute nur heranzutreten werden kann, wenn gleichzeitig die durch die neue Steuerleggebung gänzlich aus den Fugen geratene Finanzwirtschaft der deutschen Gemeinden wieder eine sichere Grundlage erhält. Aber auch dann muß noch, nicht zuletzt durch Bevorzugung der Gemeinden, in steuerlicher Hinsicht die Möglichkeit erhalten bleiben, gemeinnützige Unternehmungen im Interesse der Gemeindeangehörigen zu schaffen, die von der Privatwirtschaft wegen des Fehlens von Gewinnaussichten nicht gegründet werden.

Indessen erucht der Reichswirtschaftsrat die Regierung, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der Fortfall der Steuerbefreiungsvorschriften für die Elektrizitätswirtschaft möglich ist, ohne die finanziellen Grundlagen der Gemeinden noch stärker zu gefährden. Die Versorgung möglichst aller deutschen Gemeinden mit elektrischem Strom ist wichtig und dringlich; sie dürfte auch im Interesse der Gemeinden, die keine Elektrizitätswerke besitzen, nicht dadurch hinausgeschoben werden, weil die im Besitz von Elektrizitätswerken befindlichen Gemeinden einer Zusammenfassung abgeneigt sind, um den aus den Befreiungsvorschriften herrührenden Ueberschuß nicht zu verlieren. Bieleicht würde durch den im Falle des Zusammenstufes eintretenden starken allgemeinen Verbrauch an elektrischem Strom zu einem großen Teil der Ausfall wieder gutgemacht werden, der durch den Fortfall der Befreiungsvorschriften entstände.

Die Aufhebung der Befreiungsvorschriften für die Monopolbetriebe des Reiches lehnt der Ausschuss ab.“

Für den Fall, daß die vom Reichswirtschaftsrat gewünschte Prüfung zu einem Fortfall der gemeindlichen Steuerprivilegien führt, wurde beschloßen, daß aus den Steuereinnahmen der Gemeinden ein Zwölftel der gezahlten Steuern zurückzuerstatten ist.

Aus dem Euentualvorschlag geht hervor, daß es sich tatsächlich nur um eine rechnungsmäßige Steuer handelt, die zu erheben ist und deren Erfolg höchstens in der neuen Belastung der Finanzbehörden gesucht werden könnte.

Daß man gegen den technischen Fortschritt sich sträubende Gemeinden ohne steuerliche Neuerungen durch Reichsgesetz zu einem gemischtwirtschaftlichen Zusammenschluß zwingen kann, scheint dem ersten Wirtschaftsparlament der Welt entgangen zu sein.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Hilde, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse. 10. Ziehungstag. 25. Oktober 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers 'Zehn Gewinne' and 'Nachdruck verboten'.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers 'Zehn Gewinne' and 'Nachdruck verboten'.

Zie in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind an den Zinsen zu erheben, die bei den kantonalen Lotterien-Einnahmen zur auerordentlichen Einkünfte ausliegen.

BERLITZ SCHOOLS
Leipziger Str. 123a
Ecke Wilhelmstr.
Taubentzenstr. 19a
FREMDE SPRACHEN
Einzelunterricht
Zirkel monatl. 60 Mark

Stoppbeden
große Auswahl
preiswert
8. Strohmantel
5. nur 20 Mark, 72. Spittelmarkt, nur 60 Cent, 10. Kottbuser Str. 2. Alle Stoppbeden werden an geschickt.

Der deutsche Weinbrand
EGON BRAUN AUSLESE
Weinbrennereien Hamburg

PIANO oder Flügel
Herr, Ballustr. 9
Kurf. 9104 Gebt.
Möbel
zu niedrigsten Preisen
direkt an Fabrik
Preisermäßigung
Schlafz. 1688-1825.5
Speis. 1710-1870
Korridor 1703-1784
Wohnz. 875-880
Bücherz. 445-2885
Liefer. prompt Lagerung
kostenl. 10 Jähr. Garant.
Möbelhaus Rejewske
Berl., Badstr. 66

Kultur-Lichtbildbühne
Aus Natur und Wissenschaft
2. Abend
Mozartsaal-Lichtspiele am Nollendorf-Platz
3 Vorstellungen: 5, 6 1/2, 8 1/2 Uhr
Ermässigte Preise / Jugendliche haben Zutritt

Haben Sie Gold-, Silber- oder Platin-
Bruch, Ringe, Ketten, Löffel, Münzensammlungen, Zahngehisse, Brennstifte usw. zu verkaufen, dann gehen Sie nicht in eine kleine Verwertungs- oder Ankaufsstelle. Wir sind Spezialisten hierfür und überlassen daher jede Konkurrenz. Kommen Sie vertrauensvoll zu uns. 9-7 Uhr.
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39, Lad.

Dezimalwagen
Tafelwagen, Gewichte
Billigste Preise. Gr. Lager
Georg Wagner,
Cöpenicker Str. 71
Kein Ladengeschäft.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende
Trauringe
1 Trauring, Duk. gold v. 90 M. an
1 Trauring, Duk. gold
(schwere Ausführung) 300 M.
1 Ring, 565 gest. v. 60-120 M.
1 Ring, 333 gest. v. 35-140 M.
Garantiesch. L. gesetzl. Goldinh.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstwertig. z. denk. günstigen Preisen
Brillanten z. Auslandskurs.
M. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30.
Teleph. Nord 1030

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert f. gut. Sit u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neudän, Ringbahnstraße 88 = Tel. 900
Lieferant für höchste Staatsbeamten
Beide Anzertnuppen u. Damnschneidern. 120R

Prismen-Feldstecher
bes. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photohaur Steckelmann
Blm. W9, Potsdamer Str. 133